

die Menschheit sehr bald die Früchte dieser Bemühungen zu spüren bekommen. Da jedoch die Versuchung immer groß bleibt, statt des schweren Weges der Verhandlungen und des Ausgleiches den viel leichteren der Radikalität zu gehen, muß immer wieder gebetet werden, daß die jungen Völker Asiens und Afrikas stark und ausdauernd bleiben, den von ihnen eingeschlagenen Weg der friedlichen Evolution sowohl auf kontinentaler wie auch auf Weltebene zum Wohle aller Menschen zu gehen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Abschlußbilanz des Bischöflichen Werkes „gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ über die Verteilung der Mittel aus den ersten fünf Fastenaktionen der deutschen Katholiken

Der diesjährige gemeinsame Hirtenbrief der deutschen Bischöfe zu Beginn der Fastenzeit ist der sechste Aufruf für die Katholiken zur Fastenaktion Misereor „gegen Hunger und Krankheit in der Welt“. Einige Zahlen aus dem vor kurzem veröffentlichten Rechenschaftsbericht des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor in Aachen sollen das Ausmaß von Hunger, Not und Krankheit in der Welt, vor allem in den Entwicklungsländern, verdeutlichen.

Hunger, Not und Krankheit in der Welt

Zwei Drittel der heute lebenden Menschen werden nicht satt, jährlich sterben schätzungsweise 35 Millionen Menschen an Hunger oder seinen Folgen. In den Entwicklungsländern wird ein Drittel der Nahrungsmittel er-

zeugt, aber zwei Drittel der Menschen leben dort. Ein Export von Lebensmitteln in diese Länder kann das Problem nur lindern, aber nicht lösen. Hunger, mangelnde Hygiene und fehlende medizinische Betreuung in den Entwicklungsländern sind Ursachen des Auftretens von Massenkrankheiten. Schätzungsweise erkranken jährlich 300 Millionen Menschen an Malaria, etwa 3 Millionen sterben daran. An Tuberkulose erkrankt sind etwa 50 Millionen; etwa 5 Millionen sollen jährlich daran sterben. Auf rund 12 Millionen schätzt man die Zahl der Leprakranken in der Welt; nur etwa eine halbe Million soll sich in ärztlicher Behandlung befinden.

Während die durchschnittliche Lebenserwartung in Europa bei 70 Jahren liegt, liegt sie in Brasilien und Bolivien bei 45, in Thailand bei 40 und in Indien bei nur 32 Jahren. Von 1000 lebendgeborenen Kindern sterben im ersten Jahr in der Bundesrepublik Deutschland 34, in manchen Gebieten Asiens 225 und mehr, in manchen Gebieten Afrikas 350 und mehr und in manchen Gebieten Lateinamerikas 400 und mehr. In Afrika überlebt heute nur die Hälfte der Kinder das 15. Lebensjahr. Völlig unzureichend ist die Versorgung mit Ärzten. Während in Westeuropa ein Arzt für etwa 860 Menschen zur Verfügung steht, hat er in Ägypten 3500, in Indien 4978, in Indonesien 71 000 und in Nigeria 96 000 zu versorgen. In all diesen Ländern wird die Lage noch dadurch erschwert, daß die Ärzte überwiegend in den Städten arbeiten und auf dem Lande riesige Entfernungen mitberücksichtigt werden müssen. Insgesamt fehlen derzeit in der Welt etwa 1 500 000 Ärzte.

Zwei Drittel der Kinder in den Entwicklungsländern haben keine Gelegenheit, eine Schule zu besuchen. Die Zahl der Analphabeten wird in Lateinamerika auf 45 %,

	Inter- national ¹	Afrika	Latein- amerika	Asien	Ozea- nien	Eu- ropa ²	Insgesamt	
Ausbildungs- und Förderungsmaßnahmen zur Ernährungssicherung (Landwirtschaft, Fischerei, Wasserbeschaffung u. a.)	0,420	11,527	10,533	9,135	3,445	1,606	36,666	16,5 %
Ausbildungs- und Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Handwerks und Gewerbes	0,002	5,961	7,015	10,692	1,262	0,111	25,043	11,2 %
Förderung des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, Entsendung von Ärzten und Pflegerinnen, Aussatz-, Tbc-, Malariabekämpfung, Ausbildung von Pflegerinnen u. a.)	0,420	24,443	10,668	28,845	2,423	1,730	68,529	30,7 %
Direkthilfen und Katastrophenmaßnahmen (vorwiegend Kauf von Lebensmitteln, Medikamenten, Decken, Hilfen für Obdachlose u. a.)	0,910	5,941	2,429	4,852	0,410	0,645	15,187	6,9 %
Sozialkonstruktive und Ausbildungsmaßnahmen (hauswirtschaftliche Ausbildung, genossenschaftliche Selbsthilfe u. a.)	1,973	10,460	15,788	10,754	1,233	1,277	41,485	18,6 %
Förderung des allgemeinen Bildungswesens (Volks-, Mittelschulen, Erwachsenenbildung u. a.)	0,220	1,669	4,583	0,250	0,175	—	6,897	3,1 %
Einsatz und Ausbildung von Personal und Führungskräften (mittlere und obere Führungsschicht, bes. in der Sozialarbeit, Ausbildung von überseeischen Kräften in Europa, Vorbereitung europäischer Kräfte zum Dienst in Übersee u. a.)	16,089	1,119	6,142	1,288	0,425	3,957	29,020	13,0 %
Insgesamt	20,034	61,120	57,158	65,816	9,373	9,326	222,827	100 %
	8,9 %	27,4 %	25,7 %	29,5 %	4,3 %	4,2 %	100 %	

¹ Maßnahmen, deren Träger internationale Organisationen sind oder die mehr als ein Land einbeziehen.

² Ausbildungsmaßnahmen, die in Europa durchgeführt werden, die aber letztlich natürlich nicht Europa, sondern den entsprechenden Herkunfts- bzw. Einsatzländern zugute kommen; zum kleineren Teil Hilfsmaßnahmen in süd- und südosteuropäischen Notstandsgebieten.

in Asien auf 65% und in Afrika sogar auf 80% der Bevölkerung geschätzt. Dabei nimmt die Zahl der erwachsenen Analphabeten in der Welt jährlich um 20 bis 25 Millionen zu. Das Anwachsen der Weltbevölkerung erfolgt in unserer Zeit in einer noch nie dagewesenen Stärke. Es leben heute rund 3,2 Milliarden Menschen, davon 2 Milliarden in den Entwicklungsländern. Im Jahre 2000 sollen es 6,2 Milliarden sein. Der rapide Bevölkerungszuwachs verschärft die Hungersituation. Dabei besteht kein Zweifel darüber, daß unsere Erde bei Ausnutzung aller uns heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten etwa 60 bis 90 Milliarden Menschen ernähren könnte.

Die Hilfe der deutschen Katholiken

Wie die Katholiken anderer westeuropäischer Länder versuchen auch die deutschen Katholiken durch die jährliche Fastenaktion Misereor, ihren Beitrag zur Linderung der Not in den Entwicklungsländern zu leisten. Die Fastenaktion 1963 erbrachte 48,5 Millionen DM, gut 5 Millionen mehr als im Jahre 1962 (vgl. Herder-Korrespondenz 17. Jhg., S. 260f.). Insgesamt wurden seit Bestehen der Fastenaktion Misereor 219 Millionen aufgebracht, und zwar 1959: 35,5 Millionen DM, 1960: 44 Millionen DM, 1961: 48 Millionen DM, 1962: 43 Millionen DM und 1963: 48,5 Millionen DM.

Bis zum 30. September 1963 waren bei der Geschäftsstelle des Werkes Misereor 4101 Hilfsgesuche eingegangen, und zwar aus Asien 1263, aus Afrika 1137, aus Lateinamerika 1135, aus Ozeanien 369, aus Südeuropa 150 und von Internationalen Organisationen 47 Anträge. Sie entsprechen einer Gesamtantragssumme von 814,8 Millionen DM. Mit den bisherigen Sammelergebnissen konnte demnach nur etwa ein Viertel der eingegangenen Hilfsgesuche befriedigt werden. Bis zum 17. November 1963 hatte die Bischöfliche Kommission für das Werk Misereor Hilfsmaßnahmen in Höhe von 223 Millionen DM bewilligt. Damit sind die bisher gesammelten 219 Millionen DM restlos aufgebraucht, ein Teil der Bewilligung erfolgte bereits im Vorgriff auf das zu erwartende Sammelergebnis der Fastenaktion 1964. Die Sach- und Personalkosten der Geschäftsstelle des Werkes in Aachen werden für das Jahr 1963 nicht ganz 1% der Summe der bewilligten Hilfsmaßnahmen betragen.

Die Verteilung der Gelder

Bei der Verteilung der Gelder nach geographischen Gesichtspunkten ist gegenüber dem Vorjahr eine Schwerpunktverlagerung, hauptsächlich zugunsten Lateinamerikas, eingetreten. Während 1962 4,3% der Gelder an Internationale Organisationen, 30,5% nach Afrika, 30,1% nach Lateinamerika, 25,2% nach Asien, 1,7% nach Ozeanien und 8,2% nach Europa gingen, wurden 1963 für die Internationalen Organisationen 2,7%, für Afrika 19,2%, für Lateinamerika 44,8%, für Asien 24,6%, für Ozeanien 4,4% und für Europa 4,3% bewilligt. Dabei haben sich vor allem die zur Förderung des allgemeinen Bildungswesens zur Verfügung stehenden Mittel von 1,4 auf 4,7% und für Einsatz und Ausbildung von Personal und Führungskräften von 3,8 auf 18,5% erhöht.

Die Verteilung der Gelder im gesamten Zeitraum seit Beginn der Fastenaktion im Jahre 1959 bis zum 16. November 1963 zeigt die links stehende Tabelle (in Millionen DM).

Rückschau auf die Ereignisse in Südvietnam (II) Der erste Teil dieser Übersicht (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 115 ff.) hatte sich mit der Haltung der

Weltpresse im Buddhistenkonflikt, der Stellung des Buddhismus im Religionsgefüge Südvietnams, der Haltung der Regierung Diem gegenüber dem Buddhismus als Weltanschauung und als in den politischen Raum vordringende Macht befaßt und schließlich die Frage untersucht, ob die militanten Buddhisten sich mit Recht über eine Diskriminierung ihrer Weltanschauung beklagen konnten. In Fortsetzung dieser Untersuchung wäre nun über die Rechtsstellung des Buddhismus in Südvietnam während des Regimes Diem zu handeln.

In einem Aufsatz „Diem verachtet den Buddhismus“ schrieb die bekannte Mitarbeiterin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Lily Abegg aus Tokio in diesem Blatt (10. 9. 63) eine wuchtige Anklage. Ausgehend von der Behauptung, daß die Mandarinenfamilie Ngo im allgemeinen und Ngo Dinh Diem im besonderen den Buddhismus als eine abergläubische Angelegenheit betrachteten, mit der gebildete Menschen nichts zu tun haben wollten, fuhr sie fort: „So kommt es, daß der Buddhismus im buddhistischen Land Südvietnam heute von Gesetzes wegen nicht einmal als Religion anerkannt ist. Auf Grund einer Verfügung, die noch vom Exkaiser Bao Dai 1953 erlassen wurde, ist der Buddhismus bloß ein ‚Verein‘. Schon dadurch wird der Buddhismus dem Katholizismus gegenüber benachteiligt. Buddhistische Mönche behaupten, sie würden ‚wie eine Gewerkschaft‘ behandelt. Beinahe zehn Jahre hat Diem inzwischen Zeit gehabt, den Buddhismus dem Katholizismus gleichzustellen (angeblich soll dies bis Ende 1963 geschehen), aber er hat diese Frage vernachlässigt. Auch besitzen die Katholiken in bezug auf die Vermögensrechte und auf die Versammlungsfreiheit Vorteile, welche den Buddhisten nicht gewährt werden.“

Die Autorin zeigt hier, daß ihr die Buddhisten offenbar genau ihre Beschwerden vorgetragen haben. Es wäre dazu zunächst zu bemerken, daß die Vorstellung, den christlichen Kirchen stände „der Buddhismus“ (oder wie Abegg im gleichen Artikel sagt, „die buddhistische Kirche“) als „Religion“ mit ebenso straffer Organisation in Südvietnam gegenüber, abwegig ist. Die katholische Kirche war von Anfang an dort einheitlich geleitet und hatte das gleiche Credo, während der Buddhismus schwach profiliert war, in seinem weiten Mantel irgendwie die verschiedensten Weltanschauungen barg (angefangen vom reinen philosophischen Buddhismus bis zum Buddha vergöttlichenden Mahayana-Buddhismus, im Leben der Massen des schlichten Volkes nur undeutlich abgegrenzt gegen die Philosophie des Taoismus, den konfuzianischen Ahnendienst und mancherlei Synkretismus) sowie in viele Sekten aufgespalten war und ist. Der Gedanke, den Staat als Staat vom Buddhismus als Buddhismus scharf abzugrenzen, lag vietnamesischem Denken völlig fern. Im Gegenteil: „Die Buddhisten selbst haben keine Lehre über den Staat. Der Buddhismus weiß nichts vom Staat. In Thailand, Burma oder Kambodscha hat der Buddhismus den Staat aufgesaugt oder, wenn man will, hat der Staat den Buddhismus sich einverleibt. Es handelt sich hier um einen konfessionellen Staat. Man ist zugleich Burmese und Buddhist, Thailänder und Buddhist. Die beiden sind nur eins. Vietnam tritt aus einer

Geisteshaltung aus, in der sich die buddhistischen Staaten noch befinden. Es macht sich zu Strukturen eines modernen Staates auf den Weg. Nach und nach nimmt patriotisches und staatsbürgerliches Bewußtsein seinen natürlichen Platz in diesem Volke da ein, wo Religion und Staat stets undeutlich eine Einheit waren“ (G. Naidenoff SJ in „Missi“, November 1963).

Die französische Kolonialherrschaft zwang die Vietnamesen erstmalig, sich über das Verhältnis von Staat und Religion Gedanken zu machen. Später nötigte die kurze Periode japanischer Beherrschung erneut dazu. Die Franzosen überwachten sehr stark den Buddhismus und unterwarfen ihn strengen einschränkenden Bestimmungen. Während die Rechtsstellung der christlichen Kirchen zur Kolonialmacht schon im 19. Jahrhundert durch internationale Verträge geregelt wurde, sahen die Franzosen keinen Anlaß, den unorganisierten Buddhismus, der zudem sein Verhältnis zum Staat nie bestimmt hatte, zum Partner von Verträgen zu machen. In der Zeit der abklingenden französischen Herrschaft, als der von den Franzosen wieder eingesetzte Kaiser Bao Dai das noch ungeteilte Vietnam im Rahmen der Union Française regierte, wurde nun ein Dekret Nr. 10 (1950, nicht, wie Abegg meint, 1953) erlassen, das die bürgerlichen Rechtsfragen gemeinnütziger, kultureller, religiöser usw. Vereinigungen regelte. Da damals der vietnamesische Buddhismus keinerlei Organisation hatte, konnte für ihn erst recht kein Sonderstatut analog jenem für die katholische Kirche in Frage kommen. Nach dem buddhistischen Weltkonzil zu Colombo (1950) beehrte das gestärkte buddhistische Selbstbewußtsein erstmalig gegen die „Sonderrechte“ der christlichen Kirchen auf. Zum Wortführer des Anliegens machte sich die 1953 gegründete erste größere Organisation des vietnamesischen Buddhismus, die Generalvereinigung der Buddhisten.

Die Regierung mußte sich nun mit dem Problem beschäftigen, wie man auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechtes hier ein für alle gültiges Recht schaffen könnte. Es wurde schon vor längerer Zeit eine Kommission zum Studium dieser Fragen eingesetzt. Die Regierung wollte offenbar die Rechte der christlichen Gemeinschaften unangetastet lassen, sollte aber gleichzeitig den Forderungen eines Buddhismus genügen, der in seiner Vielgestaltigkeit, seiner organisatorischen Unkontrollierbarkeit, seinen verschiedenartigsten Tendenzen (von der Weltflucht bis zur entschlossenen Weltbejahung und dem Anspruch auf politische Macht) sich schlecht in ein allgemeines Gesetz zur Regelung der zivilrechtlichen Angelegenheiten von gemeinnützigen Vereinigungen einordnen ließ. Dabei mußte die Regierung Vorsorge treffen, daß dem Konfuzianismus und dem Taoismus sowie etwa neu entstehenden Sekten aller Art billig sei, was dem Buddhismus recht ist. Der politische Verdacht gegen den Reformbuddhismus hemmte natürlich sehr das entschlossene Anfassen des in Vietnam wirklich verzwickten Problems. Eben diese Reformbuddhisten aber ereiferten sich immer mehr gegen die ihnen angeblich auch hier angetane Diskriminierung. In einer Stimmung der Gereiztheit, die durch die allgemeine Unzufriedenheit im Volke verstärkt wurde, brachten dann der Flaggenstreit und der erste blutige Zwischenfall in Hué den Ausbruch der Krise. Die Zentren der Unruhen waren die Städte, vor allem Saigon und Hué, während das Volk auf dem Lande erst allmählich und dann auch nur schwach an den Ereignissen Anteil nahm.

Den Auftakt bildete der sog. Flaggenstreit. Im September 1957 hatte die Regierung eine Flaggenverordnung erlassen, die den Zweck hatte, das Nationalbewußtsein in Südvietnam zu stärken, indem sie verlangte, daß in der Öffentlichkeit der nationalen Flagge der Vorrang vor allen „internationalen Flaggen“ zu sichern sei. Offensichtlich war diese Verordnung durch die Beobachtung provoziert worden, daß bei Festlichkeiten aller Art die Nationalflagge selten zu sehen war. Die Caoaisten, Anhänger einer 1926 entstandenen, aus Elementen östlicher Religionen und katholischem Gedankengut gebildeten Religion, zeigten bei jeder Gelegenheit ihre Flagge, während die Katholiken sich besonders in Mittelvietnam in dem Bestreben überboten, die Kirchenflagge zu hissen und ihre Häuser bei kirchlichen Feiern mit gelb-weißen Tüchern zu schmücken. Ihre Flagge war ihnen teuer seit den Zeiten des kommunistischen Einbruchs im Norden. In der Periode des Ringens um die Macht im Norden war der gelbweiße Wimpel an den Häusern Erkennungs- und Bekenntniszeichen der Katholiken, und bei der Massenflucht von Hunderttausenden in den Süden zeigten auch Nichtkatholiken dieses Emblem, um sich als Gegner des Kommunismus auszuweisen. Gegen die Flaggenordnung ist seitens der Katholiken nie Einspruch erhoben worden, aber die Verordnung selbst, 1958 und 1961 von neuem eingeschärft, fand im ganzen Lande keine Beachtung. Seit einer Reihe von Jahren (1957?) tauchte dann eine „buddhistische Flagge“ auf, die aber nur das Emblem der „Generalvereinigung der Buddhisten“ war. Der Weltbuddhismus kennt keine internationale Flagge. Die Regierung Diem, die der Generalvereinigung von Anfang an wegen ihrer schlecht verhüllten politischen Zielsetzungen mit Mißtrauen gegenüberstand, sah ihre Flagge mehr als Parteiabzeichen denn als religiöses Symbol an. Als die Gegensätze zwischen der Regierung und den Reformbuddhisten deutlicher wurden, als ferner die Flagge dieser Gruppe immer aufdringlicher und demonstrativer gezeigt wurde, hielt man es offensichtlich für angebracht, die Flaggenverordnung endlich durchzusetzen. Man fing bei den Katholiken an. Bei der Feier des 25jährigen Bischofsjubiläums von Erzbischof Thuc (2. 5. 63) zeigte sich Präsident Diem, sein jüngerer Bruder, höchst empört darüber, daß bei der reichlichen Beflaggung nur die gelb-weißen Farben gezeigt wurden. Die Nachricht, daß fast zur gleichen Zeit bei der Einführung zweier neuer vietnamesischer Bischöfe wiederum nur kirchliche Fahnen zu sehen waren, steigerte seinen Unwillen noch. Als dann wenige Tage vor dem Flaggenkonflikt zu Hué eine neue Redemptoristenkirche eingeweiht wurde, ließ der Erzbischof die wiederum gehißte Kirchenfahne niederholen, um den Instruktionen der Regierung zu genügen.

Wenige Tage später, am 8. Mai, war nun die Feier des 2507. Geburtstages Buddhas, der stets mit dreitägigen Feiern begangen wird. Ausgerechnet zwei Tage vorher erging ein Rundtelegramm aus dem Sekretariat des Präsidenten an alle Provinzvorsteher, in dem die Beachtung der Flaggenordnung, und zwar in engster Auslegung, kategorisch verlangt wurde. In Saigon löste dieses Telegramm öffentliche Mißfallenskundgebungen aus, auf dem Lande und in den kleineren Städten ließ man es unbeachtet, in der buddhistischen Hochburg Hué faßte man es als Provokation auf. Am 7. Mai protestierten dort die

Bonzen gegen die Maßnahmen der Polizei, die von Haus zu Haus ging und die Einziehung der schon zum Feste gehißten Flaggen anordnete. Angesichts der sich steigernden Erregung der Massen schaltete sich Diems Bruder Can, der „Boß“ des Nordens und politischer Kontrolleur der ganzen Region, ein und setzte die Flaggenverordnung für die drei vorgesehenen buddhistischen Festtage außer Kraft. Die noch nicht unterrichtete Polizei fuhr fort, die Flaggen, auch an den Pagoden, zu entfernen. Der buddhistische Bürgermeister, der gleichzeitig Provinzvorsteher war, ließ sofort durch zwei Lautsprecherwagen die Polizei über die Suspendierung der Verordnung informieren. Aber erst am 7. Mai abends hatte sich überall die veränderte Haltung der Regierung rundgesprochen. Die Bonzen waren nicht zufrieden. Sie verlangten Aufhebung der Flaggenordnung für dauernd. Am 8. Mai sollte nun von der örtlichen Rundfunkstation ein Festprogramm zu Ehren Buddhas ausgestrahlt werden, das die staatliche Zensur passiert hatte. Unter Führung erregter Bonzen zogen etwa 3000 Menschen mit den Fahnen der Generalvereinigung zur Station, deren Direktor aufgefordert wurde, die Bonzen sprechen zu lassen. Als dieser erklärte, er dürfe nur zensurierte Reden senden, drohte die Menge, in den Innenhof der Station einzudringen. Der örtliche Befehlshaber, ein katholischer Offizier, rief den (buddhistischen) Korpskommandeur an, der anordnete, die Besetzung der Sendeanlagen notfalls mit Gewalt zu verhindern. Zunächst suchte die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengasbomben die unter Schmährufen auf die Regierung vordringenden Massen, unter denen sich viele Neugierige befanden, zu zerstreuen. Als das Tor der Sendestation eingedrückt wurde, erschienen Truppen mit drei Panzerwagen. Es wurden Warnschüsse in die Luft abgegeben. Dann wälzten sich neun Menschen in ihrem Blute. Angeblich ist ein Handgranate geworfen worden. Von wem? — Zwei der Opfer waren junge Frauen von 20 Jahren, die übrigen Halbwüchsige. Zwei der Getöteten hatten früher katholischen Taufunterricht genommen. Alle Opfer des Zwischenfalls wurden in den nachfolgenden Monaten als Martyrer des Buddhismus kultisch verehrt, obwohl manche der Angehörigen (nach Erzbischof Thuc) dagegen Einspruch erhoben.

Der sonst ausgezeichnet informierte Berichterstatter des NCWC News Service, der aber im Zeitpunkt des Zwischenfalls nicht in Hué weilte, meinte in einem Bericht vom 3. Oktober 1963, die einzigen Aufnahmen, die es von dem Drama gebe, seien Fotos der Opfer, die im Leichenhaus eines Krankenhauses zu Hué aufgenommen wurden. Er irrt. Drei deutsche Ärzte, die zum Aufbau einer Medizinischen Fakultät in Hué weilten und deren Namen von der „New York Times“ veröffentlicht wurden, waren Zeugen der Vorfälle. Einer von ihnen hat Aufnahmen gemacht, die angeblich die Behauptung der Buddhisten stützen, daß aus einem Panzerwagen geschossen wurde. Nach Mitteilung des Norddeutschen Rundfunks vom 11. November hat dieser Arzt auch sofort dem Deutschen Fernsehen eine entsprechende Mitteilung gemacht. O'Connor, der Vertreter des NCWC News Service, ließ sich dagegen in Hué berichten: „Die drei Ausländer, die bei den Vorfällen zugegen waren, zeigten sich verwirrt und können nicht sagen, was genau vor sich ging.“ Auf jeden Fall fand eines der Fotos Aufnahme in einer deutschen Illustrierten. Zwei dieser Ärzte haben später in Saigon eine Pagode besucht, „um den fastenden Mönchen zu helfen“, und wurden darauf zur Bericht-

erstattung ins Unterrichtsministerium gerufen. Man „beschuldigte sie, buddhistische Studenten aufgereizt zu haben“ (vgl. „New York Times“, 7. 6. 63). Das Verhalten der deutschen Ärzte in Hué war Gegenstand einer Kritik von H. J. Baumeister im „Rheinischen Merkur“ (20. 9. 63). Er warf ihnen vor, unter Bruch ihrer Verpflichtung zur Nichteinmischung Fotografien ins Ausland geschmuggelt und damit Folgen ausgelöst zu haben, die sie so wenig übersahen wie die inneren Vorgänge selbst. Nach einer kurzen „vorläufigen Untersuchung“ erklärte die Regierung, ein Viet-Cong-Agent habe am 8. Mai eine Plastikbombe geworfen. Gefundene Materialreste der Bombe erwiesen deutlich die Herkunft. Ausländische Journalisten, die sich später um Aufklärung der Sache bemühten, sagten dagegen, sie hätten Zeugen ausfindig gemacht, die gesehen hätten, wie das Militär schoß. Für sich spricht folgende Gegenüberstellung: „Alle ausländischen Korrespondenten behaupten, die Regierung habe in die Demonstranten hineinschießen lassen, während Präsident Diem darauf beharrt, daß kommunistische Agenten Handgranaten geworfen hätten“ (Lily Abegg, aus Tokio, in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 24. 6. 63). Dagegen: „Kein ausländischer Korrespondent war am 8. Mai in Hué“ (P. O'Connor, aus Hué, in NCWC News Service, 10. 6. 63). Die Toten wurden am Tag nach dem Zwischenfall verbrannt. Ein hoher Beamter in Saigon sagte zu einem Ausländer (nach „New York Times“, 11. 9. 63): „Wir können es nicht zugeben.“ Die aufs höchste erregten Buddhisten forderten Anerkennung der Schuld der Regierung und Entschädigung für die Angehörigen der Opfer. Die Regierung aber beharrte auf ihrer These. Sie fand auch kein Wort des Beileids und des Trostes für die Familien der Getöteten. Das menschliche und auch christliche Wort des Präsidenten und seiner Familie, soweit sie am Hebel des Staatsapparates saß, fehlte gerade in dieser schmerzlichen Stunde. Auch die Katholiken haben dies sehr bedauert.

Unter dem Druck der Amerikaner nahm nun Diem Verhandlungen mit den Buddhisten auf und kam mit ihnen zu einem Teilabkommen hinsichtlich fünf von ihnen gestellter Forderungen. Unter den Zugeständnissen befand sich auch die Erlaubnis, hinfort die Flagge der Generalvereinigung der Buddhisten neben der Staatsflagge zu hissen. Das Abkommen wurde in einer allgemeinen Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens geschlossen, das auf buddhistischer Seite gesteigert wurde, als die vom Präsidentenbruder Nhu geführte Republikanische Jugend die Abmachungen als gesetzwidrig bezeichnete. Die Buddhisten zeigten immer mehr ihr planvolles Bestreben, die Regierung zu beseitigen. Das Abkommen blieb ein Fetzen Papier. Es kam zu Fastenaktionen der Buddhisten, ungenehmigten Aufzügen und Versammlungen, Zusammenstößen mit Polizei und Militär, bei denen es Tote und Verwundete gab. Alle buddhistischen Sekten, die bisher der Generalvereinigung fernstanden, schlossen sich ihr bis auf die dem traditionellen Buddhismus ergebenden Gemeinschaften des Südens an. Präsident Diem ließ noch immer verhandeln, aber sein Bruder Nhu war für Härte und bedingungslose Beugung des Widerstandes der „Rebellen“.

Selbstverbrennung und Pagodensturm

Nach wohlüberlegtem Plan des „Generalstabs“ der Buddhisten fand dann am 11. Juni 1963 die erste Bonzen-Selbstverbrennung statt. Fernsehreporter und Fotografen, die vorher benachrichtigt waren, nahmen von dem unter

Immunität stehenden Gelände der Botschaft von Kambojscha in Saigon aus die schauerliche Szene auf. Die Bilder gingen in alle Welt und hatten die beabsichtigte Wirkung. Weitere Verbrennungen folgten. Das vom Christentum geprägte Persönlichkeitsdenken des Westens entsetzte sich über diese Selbstmorde mehr als die großen heidnischen Völker des Ostens, soweit sie von pantheistischem oder buddhistischem Denken beeinflusst sind. Zeitungen und Zeitschriften der westlichen Hemisphäre haben versucht, den Lesern klarzumachen, wie im Buddhismus Selbstverbrennungen im Rahmen seiner Philosophie einen Akt „meditativer Auflösung“, der letzten Verwirklichung der persönlichen und insbesondere der leiblichen Nichtexistenz darstellten. Solche „rituellen“ Selbstvernichtungen kennt die Geschichte auch des vietnamesischen Buddhismus aus vorfranzösischer Zeit. André Gomane SJ (in „Stimmen der Zeit“, Oktober 1963) ist der Auffassung, daß es sich bei den jüngsten Selbstverbrennungen in Vietnam um einen klaren Mißbrauch der Religion handle. Reinhard Raffalt (in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 14. 9. 63) meint indes: „Es handelt sich bei den vietnamesischen Selbstverbrennungen nicht unbedingt um einen dem buddhistischen Mönchsleben wesensfremden Vorgang, sondern um eine provokative Methode, ihn vor den Augen der Welt mit einer entsetzlichen Nebenbedeutung zu versehen, ohne seinen eigentlichen Sinn preiszugeben. Man wird nie erfahren, in welchem Zustand meditativer Vollkommenheit sich die Selbstverbrenner befanden, einen Augenblick, bevor sie das Zündholz an ihr benzingetränktes Gewand führten.“

Nun hat der Erzbischof von Hué in Rom vor Pressevertretern erklärt und in New York der Presse schriftlich gegeben: „... Inzwischen begannen die Menschenopfer. So gingen die Bonzen voran: Sie wählten drei gute alte Bonzen aus und losten aus, wer verbrannt werden sollte. Sie setzten ihn unter Drogen und überschütteten ihn mit Benzin, um ihn zu verbrennen. In Hué hörten wir die Schreie des Bonzen, der bestimmt war, an der Tu-Dam-Pagode, dem Zentrum der Generalvereinigung der Buddhisten, verbrannt zu werden. Der Bonze weigerte sich zu sterben, und die anderen Bonzen überwältigten ihn mit Hammerschlägen — dies war der Grund für die schreckenerregenden Schreie. Ebenfalls zu Hué wurde ein junger Bonze, der angeblich aus natürlichen Ursachen starb, verbrannt, und die Bonzen weigerten sich, eine Leichenschau zu gestatten. Das gleiche verweigerten sie in dem anderen ebengenannten Falle den Behörden, die die Todesursache feststellen wollten. Die Behörden mußten nachgeben, um nicht den Anschein zu erwecken, daß sie diese Fanatiker provozierten.“ In Rom sagte der Erzbischof zusätzlich, in dem Falle des durch Hammerschläge überwältigten Bonzen, der aus seiner Laienzeit Frau und Kinder hatte, habe der Sohn die Buddhistenvereinigung vor Gericht wegen Mordes angeklagt.

Reinhard Raffalt (in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, a. a. O.) meint dazu: „Angesichts der Verworrenheit der Verhältnisse ist es wohl müßig zu fragen, ob das wahr ist. Dafür fragt man sich um so intensiver: Kann das wahr sein?“ Er möchte sich offenbar persönlich dafür entscheiden, daß es nicht wahr sein könne, weil es der Gedankenwelt des echten Buddhismus widerspreche, der wörtlich die Lehre Buddhas von der meditativen Auflösung befolge. Die Frage ist nur: Waren diese Reformbuddhisten mit ihrer intensiven Verstrickung in die Politik wirklich noch Jünger des Erleuchteten? Im übrigen

berührte der Berichterstatter der „New York Times“ aus Saigon (15. 8. 63) einen der von Erzbischof genannten Fälle, indem er schrieb: „Buddhisten in Hué bemächtigten sich des Leichnams eines jungen Priesters, der in Hué Selbstmord verübte.“ Die Informationen des Erzbischofs scheinen also nicht aus der Luft gegriffen zu sein. Eine andere Frage ist indes zu stellen: Wenn der Oberhirte von Hué die angeführten Tatsachen wußte, waren sie auch seinem Bruder Diem bekannt, mit dem er sich während der Krise oft stundenlang unterhielt? Wieviel Kapital hätte die Regierung aus der formellen Bekanntgabe der skandalösen Umstände einiger „Selbstverbrennungen“ schlagen können, vor allem im Ausland! Dieses wäre wirksamer gewesen als die geschmacklosen Verspottungen der „buddhistischen Röstbraterei“ durch Madame Nhu, die zusätzlich sarkastisch bemerkte, die Mönche hätten sich sogar eines aus dem Ausland importierten Brennstoffs zu ihrer Selbstvernichtung bedient.

Die wachsende Nervosität im In- und Ausland, die Häufung neuer Zwischenfälle, die politische Aktivität an den Pagoden, schließlich die Angst vor einem Staatsstreich führten dann zum Sturm von Spezialtruppen (die von den Amerikanern ausgerüstet, zum Kampf gegen den Viet Cong ausgebildet und von der amerikanischen Central Intelligence Agency bezahlt wurden, aber praktisch nur dem Selbstschutz der Regierung dienten) auf die Pagoden, in denen die Generalvereinigung der Buddhisten den Widerstand organisiert hatte (21. August). Über die inneren Auseinandersetzungen in der Familie Ngo, die der Blitzaktion vorhergingen, wissen wir nichts Genaues. Es scheint, daß Nhu in aller Heimlichkeit den Coup vorbereitet hatte und auch durchführte und daß die Führung der Armee vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Nachher haben amtliche Presseverlautbarungen die Vorgänge im Schoß der Regierung harmonisiert. Die Regierung sei einig und geschlossen gewesen, und das Heer habe volle Mitbeteiligung an der Aktion gehabt. Tatsächlich hat sich ein Korpskommandant auf eigene Faust beteiligt. Man hat den Eindruck, daß die Behörden nicht den Mut hatten, die Zahl der Opfer (einschließlich der Todesopfer) beim Angriff auf die Pagoden zu nennen. Die von der Auslandspresse gemachten Angaben wurden gelehnet. Die Revolte war äußerlich niedergeschlagen. In der letzten Phase dehnte sie sich auf fast die gesamte Studentenschaft und auf zahlreiche Mittelschulen aus.

Katholiken und Buddhisten in der Krise

Wie es sich von selbst versteht, waren die Beziehungen zwischen Katholiken und Buddhisten auch in dem neuen Staat, den die Genfer Beschlüsse 1954 schufen, von den Erinnerungen beider Volksgruppen an die Kolonialzeit überschattet. Aber es herrschte eine bemerkenswerte bürgerliche Toleranz, zumal die Katholiken es vorzogen, in geschlossenen Gruppen zu leben, wo immer dies möglich war. Bei der Buntscheckigkeit der religiösen Flurkarte Südvietnams erschien ein echtes religiöses Gespräch zwischen Katholiken und Buddhisten schwierig. Beide Gruppen hatten in den vom religiösen Synkretismus erfüllten Volksmassen ein großes Feld der eigenen Werbung, so daß die buddhistische Erneuerungsbewegung und die starke Ausbreitung des Buddhismus an und für sich die katholische Missionsarbeit nicht ernstlich zu beunruhigen brauchten. In Mittelvietnam erbitterte es indes die Katholiken, daß die buddhistischen Werber mit folgendem Argument arbeiteten: „Da die Regierung den Kampf gegen

den Kommunismus will, könnt ihr nicht Kommunisten sein, müßt vielmehr einer Religion angehören. Seid ihr also keine Katholiken, so müßt ihr euch dem Buddhismus anschließen.“ Die Bevorzugung der Katholiken im Staatsdienst erbitterte hinwiederum die Buddhisten. Allgemein gesehen, begegnete die mit einigem Lärm vorgetriebene katholische Konversionsbewegung in Mittelvietnam in den letzten Jahren dem wachsenden Widerstand des Reformbuddhismus. Die latent vorhandenen religiösen Gegensätze traten aber in dem Konflikt mit der Regierung ganz zurück, da die Buddhisten ihren Kampf auf politischer Ebene führten. Sie hatten keinen Grund, ihre Kräfte zu zersplittern, suchten vielmehr Bundesgenossen bei jenen Katholiken, die ihnen privat ihre Sympathie bezeugten und erklärten, sie selbst wollten keine Vorrechte für die Katholiken, sondern in Reih und Glied mit allen anderen Bürgern dem Staate dienen. Es war dies, beiläufig gesagt, nicht die Mehrheit der Katholiken.

Es wäre erstaunlich gewesen, wenn nach dem Sturz Diems die Buddhisten nicht ihren angesammelten Ärger gegen die Katholiken entladen hätten. In den ersten Novemberwochen 1963 griffen in einigen Landdistrikten Mittelvietnams nichtchristliche Gruppen (darunter auch solche von Mittelschulstudenten) unter buddhistischer Führung Häuser von Katholiken an, brannten sie nieder und verprügelten die Bewohner. An manchen Stellen versuchte man die Katholiken zur Glaubensverleugnung zu zwingen, besonders Neuchristen und Katechumenen. Katholischen Mitgliedern der Selbstverteidigungskräfte nahm man die Waffen ab usw. Je entlegener ein Dorf war, desto heftiger waren die Angriffe. Patrick O'Connor berichtete während der letzten Novemberdekade (NCWC News Service, 21. 11. und 30. 11. 63) über Ausschreitungen in den nördlichen Provinzen Thua Thien, Binh Duong und Quang Tu. Dort seien Katholiken bis aufs Blut geschlagen, festgesetzt, zur Verehrung der Buddhastatue gezwungen worden. Dies alles diene der Einschüchterung und dauere an. Die Lage sei sehr gefährlich. Am 28. November seien die Generäle Tran Van Don und Ton That Dinh nach Hué geflogen, um diese meist von Mittelschülern durchgeführten Kampagnen abzustellen.

Während der Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Regierung legte die Generalvereinigung der Buddhisten größten Wert auf die Feststellung, daß „wir keine Auseinandersetzung mit den Katholiken haben. Der Streit ist nur zwischen Regierung und Buddhisten.“ (So der Public-relations-officer im Hauptquartier der Vereinigung am 16. August 1963 zu P. O'Connor; NCWC News Service, 19. 8. 63.) André Gomane SJ erhielt im gleichen Hauptquartier, der Xa-Loi-Pagode, den Bescheid: „Wohl verstanden, wir sind nicht gegen die Katholiken. Wir wissen sehr gut, daß wir uns nicht gegen einen christlichen ‚Kreuzzug‘ zu verteidigen haben, wohl aber gegen gewisse an der Macht befindliche Katholiken.“ Der Präsident der Vereinigung dankte Papst Paul VI. (über eine Agenturmeldung), daß „S. Heiligkeit der Regierung von Südvietnam geraten habe, eine gerechte Lösung des Buddhistenproblems herbeizuführen“, und hob dabei hervor, daß seine Bewegung „rein religiös“ sei. Als das Nationalkomitee der Katholischen Aktion Südvietnams in einer öffentlichen Erklärung, sich auf die Enzyklika *Pacem in terris*, die erste Rundfunkbotschaft Pauls VI., die Ansprache des Papstes an vietnamesische Studenten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 7) und zwei Hirtenbriefe des Erzbischofs von Saigon beziehend, das unver-

letzliche Recht jeder Person auf Freiheit des Glaubens und des Bekenntnisses und die Pflicht der Regierung zur Förderung des Gemeinwohls unterstrich und verlangte, daß diese Rechte und Pflichten in Gerechtigkeit und Liebe im Einklang mit dem Naturrecht miteinander zum Ausgleich gebracht würden, begrüßte der Präsident der Buddhistischen Studentenvereinigung Vietnams (die Teilglied der Generalvereinigung ist) begeistert diese Stellungnahme: „Unsere Bemühungen sind nicht darauf gerichtet, eine Trennung zwischen Christen und Buddhisten herbeizuführen, denn nichts ist schädlicher und beschämender für die menschliche Persönlichkeit, als durch solch ein Mißverständnis einen religiösen Konflikt herbeiführen zu lassen. Der Geist der Enzyklika des verstorbenen Papstes Johannes XXIII. und jener der Botschaft des neuen Papstes wurde in allen buddhistischen Kreisen mit Begeisterung begrüßt. Sie finden ihn in Übereinstimmung sowohl mit der buddhistischen Lehre als mit dem Verlangen der Menschheit. Wir hoffen darauf, daß diese Bande der Liebe und Eintracht zwischen unseren beiden Religionen immer enger werden“ (NCWC News Service, 2. 9. und 4. 10. 63).

Es konnte indes nicht ausbleiben, daß die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Buddhisten ihre Schatten auf das Zusammenleben von Katholiken und Buddhisten warf. P. O'Connor schrieb schon Anfang Juni über gespannte Beziehungen zwischen Katholiken und Buddhisten in den Büros der Privatwirtschaft und in den Ämtern, später, daß in einer Division die buddhistischen Offiziere nicht mehr zusammen mit den katholischen essen wollten. Das Reuter-Büro und Agence France Presse berichteten übereinstimmend, daß Ende August in Dinh Tuong, 80 km südlich Saigon, bei Kämpfen zwischen katholischen und buddhistischen Soldaten 60 Mann getötet und 120 verletzt worden seien. Regierungskreise bestätigten zuerst diesen Vorfall. Die Regierung aber dementierte dann die Nachricht. Erzbischof Thuc sagte in Rom und in dem für die katholische Presse Amerikas schriftlich gegebenen Statement: „Unglücklicherweise klagten die Bonzen mittels Geheimpropaganda die Katholiken an, die Schuld an dem Blutbad von Hué zu tragen. Die Nichtkatholiken glaubten die Anschuldigungen dieser heiligen Persönlichkeiten und waren bereit, in wenigstens zwei Provinzen (Hué und Quam), deren Erzbischof ich bin, die Katholiken niederzumachen, sobald der Staatsstreich stattfände, was glücklicherweise vereitelt wurde.“ Als sechs Wochen nach dieser Erklärung der Staatsstreich dennoch stattfand, zeigte es sich, daß der Erzbischof doch zu schwarz gesehen hatte. Auch in seiner Erzdiözese, in der die Reibungen zwischen Katholiken und Buddhisten am stärksten waren, weil die alte Kaiserstadt Hué das geistige Zentrum des Buddhismus ist, kam es nicht zu einem allgemeinen Massaker der Katholiken, wohl aber, wie oben erwähnt, zu Ausschreitungen in einzelnen Gebieten auf dem Lande. Erzbischof Thuc persönlich galt als ein entschiedener Vertreter der These, daß gegenüber dem Aufstand der Buddhisten die Staatsautorität notfalls unter Anwendung von Gewalt durchgesetzt werden müsse. Die Buddhisten zählten ihn zu den „politischen Katholiken“. Während der Unruhen zog ein Demonstrationzug durch Hué, aus dem unter anderen Slogans auch der Ruf „Weg mit Thuc“ ertönte. Die gleichen Rufe stießen 15 000 fastende, meist junge Buddhisten, die am 13. August die Xa-Loi-Pagode zu Saigon umlagerten, aus, als ein buddhistischer Führer den Namen des Erzbischofs erwähnte („New York Ti-

mes“, 19. 8. 63). Tatsächlich stützte der Erzbischof die von ihm als rechtmäßig betrachtete Regierung und suchte ihr Unterstützung zuzuführen. Er hat aber auch mehrfach zur Toleranz aufgerufen und erklärt, die Caritas seiner Katholiken sei stets Katholiken und Buddhisten in gleicher Weise zugewendet worden. Anlässlich seiner jüngsten Europa- und Amerikareise verwahrte er sich dagegen, daß man mit Fehlern der Regierung seines Bruders, wenn sie wirklich gemacht worden seien, die Kirche belaste. Dies tue man ja auch nicht, wenn katholische Staatsmänner in Frankreich, Spanien und den USA Fehler machten.

Kirche und Buddhistenkonflikt

Die Kirche konnte der Entwicklung der Krise nicht tatenlos zusehen. Sie konnte es nicht im Interesse des vietnamesischen Volkes, dessen Präsident sich als überzeugter Katholik bekannte, während die katholische Minderheit des Landes zur Lösung der Probleme einen sehr wichtigen Beitrag zu leisten berufen schien. Auch das Ansehen der Kirche in der Welt wurde hier wenigstens indirekt berührt. Schließlich waren unübersehbare Rückwirkungen auf die Lage der Kirche in den buddhistischen Ländern zu befürchten. Dreimal nahm Papst Paul VI. Stellung zur Krise: in einem an den Präsidenten Diem gerichteten Schreiben von Mitte August 1963, dessen Wortlaut nicht veröffentlicht wurde; in einem Brief an das vietnamesische Volk (Ende August 1963: vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 7) und in einem Brief an den Erzbischof von Saigon („Osservatore Romano“, 20. 9. 63), der schon am 26. August abgesandt, aber erst am 13. September vom Adressaten in Vietnam publiziert wurde. Die Presse hat den Inhalt des Papstbriefes an Diem mehr oder weniger zu erraten versucht. Zuständige Vatikanreise sagten vorsichtig, der Heilige Vater habe die Hoffnung auf Rückkehr der Eintracht in Vietnam zum Ausdruck gebracht. Das Reuter-Büro sprach von einem Appell, der den Präsidenten aufforderte, für Frieden und Verständigung in Südvietnam einzutreten. Katholische Nachrichtendienste sagten, der Papst habe Diem auf die gebotene Toleranz hingewiesen. In der nichtkatholischen Presse las man zusätzliche Bemerkungen über einen Appell an die „Einsicht“ des Präsidenten.

Der Brief an Erzbischof Paul Nguyen Van Binh sprach einleitend von den schlimmen Ereignissen im friedvollen Gemeinschaftsleben Vietnams, die der Papst mit Furcht und Sorge verfolgt habe. Er fuhr dann fort: „Wir sind durch die Tatsache getröstet, daß die katholische Kirche in Vietnam sich außerhalb der Konflikte politischer Natur hielt, wie dies ihre Sendung verlangt, und daß sie durch ihre Bischöfe, Priester und Gläubigen so manche Versöhnungsversuche unternahm und noch unternehmen wird, indem sie die Aufmerksamkeit der Regierung und der Gläubigen auf den Wert und die Wirksamkeit der Grundsätze der Gerechtigkeit und der Liebe des Evangeliums als Garantie von Frieden und Fortschritt für alle richtet. Ein heißes Verlangen beseelt ferner Unser Herz, daß jedes Unternehmen guten Willens, das zur Erreichung eines so hohen Gutes geeignet ist, fruchtbringend und mit dauerndem Erfolg sich auswirke, so daß alle sich ihrer individuellen und sozialen Rechte in Frieden erfreuen.“

Wie sehr offenbar die Apostolische Delegatur in Saigon bemüht war, alles zu vermeiden, was die Kirche in den politischen Kampf hineinziehen konnte, zeigt folgender Vorfall („New York Times“, 17. 8. 63): Als die Krise ihrem Höhepunkt zueilte, weilten Erzbischof Thuc und

der Militärbefehlshaber des Bezirks von Hué einen Tag lang zu einer Konferenz bei Präsident Diem. Am anderen Morgen wurde eine Pressekonferenz des Erzbischofs plötzlich abgesagt. „Katholische Quellen sagten, die katholischen Autoritäten fürchteten, seine Erklärungen möchten als politisch angesehen werden. Die Entscheidung wurde (nach diesen Quellen) auf Betreiben des Apostolischen Delegaten Asta getroffen, der gesagt haben soll, die Konferenz würde eine Verteidigung der Diem-Regierung sein. Msgr. Asta lehnte jeden Kommentar zu diesem Bericht ab.“

Zwei Wochen vor dem Beginn der Zweiten Konzilsession begab sich Erzbischof Thuc nach Europa, um, wie aus seiner vorbereiteten Erklärung über die Ereignisse in Vietnam hervorgeht, die vielen falschen Darstellungen in der Weltpresse zu berichtigen und die Vorgänge „aus katholischer Sicht“ darzustellen. Über die Etappen dieser Reise, die für zwei Tage auch nach New York führte, und über die Erklärungen, die der Bruder Diems dabei zuerst öffentlich, dann nur noch privat abgab, ist in der Presse viel geschrieben worden. Es lohnt sich nach dem Umsturz in Vietnam, der Erzbischof Thuc in eine heikle Lage brachte, nicht mehr, diese Berichte zu analysieren. Bei aller Würdigung der edlen Motive des Erzbischofs muß man doch sagen, daß er sich der Problematik seines Bemühens nicht bewußt war. Er mußte sich darüber klar sein, daß alles, was er sagte, als Verteidigung der Politik seines jüngeren Bruders Diem betrachtet würde, den er zudem oft beraten hatte. Schon die ersten Erklärungen, die er den ihn „verfolgenden“ Journalisten in Rom gab, zeigten, wie sehr er heiße Eisen berührte. Nach seinen eigenen Mitteilungen legte ihm dann das päpstliche Staatssekretariat zum Schutz der übergeordneten Interessen der Kirche ein Schweigegebot auf. Daß er beim Papst eine Audienz erbeten habe, die nach den römischen Presse-Interviews abgesagt worden sei, hat Erzbischof Thuc bestritten. Er habe keine Audienz erbeten gehabt. Die Zeitschrift „Missi“ (Chefredakteur P. Naidenoff SJ) schreibt dazu, der vietnamesische Prälat habe Kardinalstaatssekretär Cicognani, der sein früherer Lehrer war und ihn duzte, aufgesucht. Der Kardinal habe ihm gesagt: „Der Heilige Vater wünscht dich zu sprechen, aber es eilt nicht, bei deiner Rückkehr.“ Die Mär von der nachgesuchten und dann verweigerten Papstaudienz sei offenbar auf eine Bemerkung zurückzuführen, die der Erzbischof mit seiner gewohnten Ungezwungenheit den ihm nachsetzenden Journalisten auf dem Flugplatz in Rom auf die Frage gab, ob der Papst ihn empfangen würde: „Ich bin ein kleiner Bischof. Glauben Sie denn, daß der Papst Leute wie mich empfängt?“ (vgl. „Missi“, November 1963, S. 354). — Sieben vietnamesische Bischöfe gaben, offensichtlich orientiert über das Erzbischof Thuc auferlegte Schweigegebot, nach gemeinsamer Flugreise zum Konzil auf dem Flugplatz in Rom eine schriftliche Erklärung für die Presse, in der es hieß, sie seien im Augenblick nicht imstande, Fragen zu beantworten. Es sei zur Zeit schwierig, über die Ereignisse genügend unabhängige Informationen zu haben: „Es ist deshalb notwendig, daß wir uns vor vor-eiligen Urteilen hüten. Ein Ereignis kann nicht verstanden werden, wenn es nicht im Zusammenhang mit den menschlichen Umständen begriffen wird, in denen es sich vollzieht. Fehlen Kenntnis und Ruhe des Gemüts, so kann man leicht irren“ (NCWC News Service, 26. 9. 63).

Kurz vor dem Umsturz befand sich der vietnamesische Episkopat in einer schwierigen Lage. Der Staat förderte

die Kirche, weil sie den Staat als solchen bejahte, seine Autorität stützte und erklärt antikommunistisch war. Aber aufbauende Kritik war auch den Katholiken nicht erlaubt. Das autoritäre Regime verlangte völlige Gefolgschaft. Da die Handlungen der Regierung Diem nicht immer objektiv als christlich angesehen werden konnten, war der Konflikt zwischen Regierungsforderungen und christlichem Gewissen in vielen Fällen gegeben, wurde aber von den staatstreuen Katholiken nicht immer als solcher erkannt. Das Regime beschränkte durch totalitäre Methoden auch die erzieherische Aufgabe der Kirche, vor allem in der Jugendziehung und der sozialen sowie staatspolitischen Bildungsarbeit. Alle eigenständige Tätigkeit der Kirche auf diesen Gebieten wurde immer mehr in die staatlichen Institutionen bzw. die paramilitärischen Organisationen für die Jugend gedrängt, die das Ehepaar Nhu geschaffen hatte. Eine Minderzahl vietnamesischer Priester lehrte in den Schulungslagern der Regierung die Staatsphilosophie des von dem Ideologen der Regierung Ngo Dinh Nhu konstruierten „Personalismus“ und begab sich so allzuweit in den rein politischen Bereich. „Sie prägen in den Augen der Öffentlichkeit das Bild einer politischen Kirche“, schrieb die „Orientierung“ am 30. September 1963. Es war eine Tat des mutigen und klugen Erzbischofs Nguyen Van Binh von Saigon, daß er in zwei Hirtenbriefen (16. Juni, Internationaler Fidesdienst, 3. 7. und 15. 8. 63; vollständiger Text in NCWC News Service, 22. 8. 63) die grundsätzlichen Lehren der Kirche über den Staat, die Stellung der Kirche zum Staat, die Pflichten der Katholiken gegenüber dem Staat, die Persönlichkeitsrechte, die Gewissensfreiheit, die Notwendigkeit freiwilliger Bekehrungen zum Glauben usw. darlegte und von den Priestern, Ordensleuten und Laien seiner Diözese ein gründliches Studium und Überdenken sowie ein Verhalten nach diesen Normen verlangte.

Der Staatsstreich

Vietnamesische Generale stürzten am 2. November nach einem Kampf um den Palast, der 16½ Stunden dauerte, mit relativ geringen Opfern an Menschenleben das Regime des Präsidenten Diem. Den Erfolg des seit Juni geplanten Unternehmens verdankten die Putschisten eine wohlgelungenen Überlistung Diems und seines Bruders Nhu. Aus der Feder des Saigoner Korrespondenten D. Halberstam gab die „New York Times“ (7. 11. 63) einen ausführlichen Bericht darüber, „wie die Generale die Falle für Diem schlossen“. Die Informationen stammten wohl aus den Führungskreisen der vietnamesischen Armee und blieben unwidersprochen. Die ganze Geschichte liest sich wie ein Roman und könnte das Drehbuch für einen spannenden Film liefern, gibt aber zugleich einen Einblick in das Netz der Intrigen, in das Diem eingesponnen war. In den Kreisen der Generalität war man schon lange ungehalten darüber, daß der mißtrauische Präsident die Ämter im Heer nicht nach Tüchtigkeit, sondern nach Erweisen politischer Loyalität vergab und höhere Offiziere sofort versetzte, wenn sie bei der Truppe nach seiner und seines Bruders Meinung zuviel Einfluß gewannen. Zwei frühere Putschversuche von Militärs hatten ihn gewitzigt. Gegenüber dem Unwillen über diese Methoden rangierten die anderen Beschwerden der Generale an zweiter Stelle. Man warf Diem nämlich noch vor, daß er den Kampf gegen den Viet Cong bewußt zuwenig aggressiv führe und es vor allem nicht verstände, das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen, eine der Grundvor-

aussetzungen eines erfolgreichen Kampfes gegen den Kommunismus. Die Handhabung der Buddhistenkrise durch die Regierung beunruhigte die Generale schließlich so sehr, daß einige Offiziere zu handeln beschlossen. Leiter des Komplotts war General Duong Van Minh, militärischer Berater Diems, 40 Jahre alt, Nichtchrist, ein ruhiger Frontoffizier ohne spezielle politische Vorstellungen. Er nahm Verbindungen mit einem Dutzend anderer Generale auf. Ihr Problem war, wie man an den Präsidentenpalast herankommen könne, der von starken Sondereinheiten Ngo Dinh Nhus bewacht war, während nördlich und südlich der Hauptstadt Saigon zwei Armeekorps standen, deren Kommandeure Diem absolut ergeben waren. Ein erster Plan, während der Augustkrise den Präsidenten zu bewegen, den unzufriedenen Generalen ergebene Truppen in die Stadt zu legen, die dann den Putsch durchführen sollten, scheiterte an Nhus in aller Stille gefaßtem Beschluß, mit Hilfe seiner Spezialeinheiten und der Polizei selbst für Ordnung zu sorgen, indem er die buddhistischen Widerstandszentren beseitigte. Nhu hat allerdings den ihm vertrauenswürdig erscheinenden General Ton That Dinh, die Schlüsselfigur der kommenden Umwälzung, am Sturm auf die Pagoden beteiligt. Dieser Offizier kommandierte damals (im August) das nördlich Saigon stehende Korps und war ein Vertrauensmann Diems. Nach dem Pagodensturm rühmte sich der 38jährige junge General lautstark seiner Verdienste beim Vorgehen gegen die Buddhisten und wollte als Held gefeiert werden. Seine große Eitelkeit erkennend, faßte die Verschwörergruppe nun den Plan, ihm zu schmeicheln und ihm klarzumachen, daß die Nation von ihm ihre Rettung erwarte. Man konnte ihn aber nur wirklich gewinnen, wenn man ihn mit Diem verfeindete. So veranlaßte man ihn, beim Präsidenten Vorstellungen zu erheben, die auf eine Beteiligung von Offizieren an wichtigen Staatsämtern hielten. Er selbst schlug sich bei Diem als Innenminister vor. Dieser gab ihm eine scharfe Rüge und bedeutete ihm, er solle nach Dalat gehen und sich vorläufig als beurlaubt betrachten. Gekränkt wegen dieser Diffamierung vor seinen Mitoffizieren, schloß er sich insgeheim der Verschwörergruppe an, die ihn beauftragte, Pläne für den Putsch zu machen. Sein Versuch, durch einen Mittelsmann (Offizier) in My Tho (nördlich Saigons) unter Kommandeuren militärischer Einheiten für den Sturz der Herrschaft der Ngo-Familie zu werben, wurde Diem hinterbracht, der ihn zitierte. Dinh brachte es fertig, seinen Mittelsmann bloßzustellen, der ohne sein Wissen gehandelt habe, und für ihn die Todesstrafe zu fordern (Diem ließ den Offizier freilich nur einsperren). Das alles, so sagte er, habe sich nur ereignen können, weil ihn der Präsident nach Dalat gesandt habe, wo er keine Kontrolle über seine Leute ausüben könne. Obwohl Diem dem General nicht ganz traute, beschloß er dennoch, wieder seine Dienste anzunehmen, als dieser von einem drohenden „Coup“ erzählte und einen „Gegen-Coup“ vorschlug. Der Gegen-Coup sollte in einem Truppenaufgebot in Saigon selbst bestehen, das jede Aktion der anderen Seite niederschlagen könnte. Im Einvernehmen mit dem hinzugezogenen Bruder Nhu gab Diem dann dem General, dem er auch Beförderung in Aussicht stellte, alle Vollmachten, das Notwendige zu veranlassen. Er solle mit den Befehlshabern seiner Leibgarde und der Spezialtruppen eng zusammenarbeiten. Ton That Dinh machte aber darauf aufmerksam, daß die Amerikaner mißtrauisch würden, wenn erneut Truppen dem Kampf gegen den Viet Cong ent-

zogen würden. Der Verdacht könne am besten beseitigt werden, wenn die Spezialtruppen, deren Einsatz gegen die Kommunisten die Amerikaner so dringend verlangten, im Austausch gegen die einrückenden Armeeeinheiten aus der Stadt geführt würden, als ob sie an die Front gingen. Am Tage vor dem Putsch marschierten diese Eliteeinheiten tatsächlich ab. Ton That Dinh setzte dann die für die „Operation Bravo“ (so wurde der „Gegen-Coup“ genannt) bestimmten Truppen in Marsch, und zwar im Einvernehmen mit Diem, der so ahnungslos die Grundlagen des Staatsstreichs legalisierte. Diese Truppen waren nämlich jene der Verschwörer, die dann systematisch die Polizeidirektion und andere möglichen Widerstandszentren besetzten und den Präsidentenpalast sowie die Wohnbaracken der Präsidialgarde in der Nähe des Palastes einkesselten. Zu spät merkten Diem und Nhu, daß sie hintergangen waren.

Wußten die Amerikaner von dem bevorstehenden Putsch? Ja und nein! Die Verschwörer hatten ihre Freunde in den amerikanischen Dienststellen in Saigon. Sie wußten, wem sie trauen und wem sie nicht trauen konnten. Sie wußten von den Divergenzen in den Anschauungen über die Notwendigkeiten der amerikanischen Vietnam-Politik, die zwischen den militärischen und zivilen Dienststellen der USA in Saigon selbst dann noch fortbestanden, als der neue US-Botschafter Cabot Lodge in Washington die Abberufung des Leiters der Central Intelligence Agency durchgesetzt hatte. Offensichtlich wußten sich die Verschwörer in der CIA besser verstanden als im Militärkommando (16 500 „Berater“ unter General Harkins), fürchteten auch, daß Harkins wegen seiner beruflichen engen Verbindung mit der vietnamesischen Armee ihren Plan irgendwie durchkreuzen könnte. Sie haben sich nach dem Staatsstreich dieserhalb bei Harkins mit der Erklärung entschuldigt, sie seien gezwungen gewesen, unter allen Umständen ihr Geheimnis zu bewahren. So kam es wohl, daß auf Grund unterschiedlicher Informationen der militärischen und zivilen Dienststellen in den Stunden vor Ausbruch der Revolte verschieden gefärbte Berichte nach Washington gingen, vor allem hinsichtlich der Frage, ob ein Putsch unmittelbar bevorstehe oder nicht. Daß etwas im Gange war, mußten die Amerikaner schon aus den Truppenbewegungen schließen, die sie wegen der Verteilung ihrer „Berater“ auf so viele Kommandos der vietnamesischen Armee unmöglich übersehen konnten. Wenn ein Sprecher des State Department am 1. November erklärte, die Regierung habe keine vorherige Information erhalten, daß die Revolte unmittelbar bevorstehe, so muß man das Wort „unmittelbar“ beachten. Die amerikanischen Journalisten wußten übrigens nach einem Bericht des Südostasienskorrespondenten des Norddeutschen Rundfunks, Hans Walter Berg, schon drei Stunden vor dem Putsch, daß es „losgehe“.

Die Frage nach der Mitverantwortung der USA an dem Aufstand ist schwer zu beantworten. In den Wochen nach dem Angriff auf die Buddhisten in den Pagoden (21. August) „haben die Vereinigten Staaten die vietnamesische Armee offenbar ermutigt, das Regime durch einen Putsch zu beseitigen. Aber die Generale lehnten ab, teilweise deshalb, weil sie mißtrauisch hinsichtlich der Unterstützung durch die USA waren, teilweise, weil sie den Palast fürchteten“ (vgl. „New York Times“, 9. 9. 63). Die Vereinigten Staaten gingen damals von dem neun Jahre hindurch beobachteten politischen Prinzip ab: „Mit Ngo Dinh Diem schwimmen oder untergehen.“ Der Ver-

such, Diem zu veranlassen, sich wenigstens von dem Ehepaar Nhu zu trennen, blieb erfolglos. Um Diem schließlich zu politischen Reformen zu zwingen, ohne die nach amerikanischer Auffassung der Krieg gegen die Kommunisten nicht zu gewinnen war, wurde eine Woche vor dem Sturz Diems die Importhilfe für Vietnam (95 Millionen Dollar jährlich, bei einer bisher geleisteten Gesamthilfe von jährlich 200 Millionen Dollar für wirtschaftliche und 300 Millionen Dollar für militärische Zwecke) gestrichen. Dies hatte zur Folge, daß der Wechselkurs des vietnamesischen Piaster (offizieller Kurs 73,5 Piaster pro Dollar) sofort eine inflatorische Höhe von 132 Piaster pro Dollar erreichte, ein Zeichen, wie hart Südvietnams Wirtschaft durch diese Maßnahme getroffen wurde. Weitere „selektive“ Kürzungen der Beihilfen waren in Aussicht genommen, so die Streichung der Bezahlung der Spezialeinheiten Nhus, wenn sie nicht an die Front gingen. Man kann es verstehen, wenn die Verschwörergenerale die Druckmaßnahmen Washingtons als Ermunterung zum Staatsstreich ansahen. „Sie haben die Zeichen von Washingtons Verzweiflung gelesen und haben gehandelt“, schrieb die „New York Times“ am 3. November. Am folgenden Tage aber prägte Max Frankel in der gleichen Zeitung das sybillinische Wort: „Washington's real responsibility in the affair may never be known“ (Washingtons wirkliche Verantwortlichkeit in der Angelegenheit wird man vielleicht nie in Erfahrung bringen).

Die Ermordung von Diem und Nhu

Mit der Verantwortung für den Tod Diems und seines Bruders Nhu kann man die USA nicht belasten. Der amerikanische Botschafter in Saigon hat während der Kämpfe um den Palast ein Telefonat Diems erhalten. Auf dessen Frage, auf welcher Seite die USA ständen, antwortete Lodge zwar nicht etwa: „Auf seiten der verfassungsmäßigen Regierung“, sondern ausweichend, er habe keine Entscheidungen zu fällen, fragte aber Diem, was er für ihn tun könne. Diem antwortete, er werde bis zum Letzten ausharren. Mehrmals hat der Rundfunksender der Aufständischen Diem zur Kapitulation aufgefordert und ihm freies Geleit zugesichert. Cabot Lodge machte den Präsidenten in einem zweiten Telefonat darauf aufmerksam, Diem aber blieb. Im letzten Augenblick (6.20 Uhr) vor der Stürmung des Palastes entkamen Diem und Nhu durch einen der unterirdischen Gänge des Palastes und begaben sich in einem schwarzen Peugeot-Wagen unerkannt nach Cholon ins dortige Chinesenviertel, wo sie in der St.-Franz-Xaver-Kirche auftauchten, kurz nach der letzten Messe (8.45 Uhr) des Allerseelentages. Diese Kirche und die Örtlichkeiten der Umgebung waren Diem gut bekannt, da er dort in der Zeit des französischen Kolonialregimes, des „Nationalismus“ verdächtigt, in Zurückgezogenheit gelebt hatte. Als die beiden Männer, die offenbar geglaubt hatten, draußen noch Widerstandskräfte mobil machen zu können, erkannten, daß dazu keine Hoffnung mehr bestand, ließen sie durch einen jungen Mann, der sie auf der Flucht begleitet hatte, dem Revolutionskomitee telefonisch mitteilen, daß sie sich in Cholon befänden. Kurze Zeit später erschien ein Convoi, in dem sich u. a. mehrere Schützenpanzerwagen befanden. Ein Offizier trat zu Diem, drei bis vier andere Offiziere folgten. Nach einer kurzen, anscheinend höflichen Unterredung wurde die rückwärtige Einstiegklappe eines der Panzerwagen geöffnet. Die beiden Brüder stiegen ein. Die Klappe schloß sich. Der Convoi fuhr gegen 9.50 Uhr an.

Als Tote haben Diem und Nhu den Wagen verlassen, der zum Hauptquartier fuhr.

Eine erste Rundfunkmeldung besagte dann, die beiden Männer hätten sich vergiftet. Um 11 Uhr meldete der offizielle Rundfunk, Diem und Nhu hätten um 10.15 Uhr Selbstmord verübt. Am 4. November brachte NCWC News Service einen Bericht seines Korrespondenten P. O'Connor aus Saigon, der Präsident sei mehrmals in den Rücken geschossen worden. Sein Bruder habe eine Stichwunde auf der Brust gehabt, und im Rücken der Leiche seien ebenfalls Einschüsse sichtbar gewesen. Am 6. November brachte die „New York Times“ eine Nachricht von Malcom W. Browne, dem Korrespondenten der Associated Press in Saigon: „Ein Foto, das dieser Korrespondent und andere sahen, zeigt den Präsidenten im Panzerwagen liegend. Auf einem ähnlichen Foto seines Bruders sieht man diesen auf dem Rücken liegend, das Gesicht mit Blut beschmiert, die zerknitterte Kleidung beschmutzt. Die Fotos verschwanden später geheimnisvoll...“ Die Leichen wurden in Eile zum St.-Pauls-Hospital gebracht, dort gesäubert und neu gekleidet. Einige vietnamesische Presseleute sahen sie, durften aber keine Fotos von ihnen nehmen. Auf einem hermetisch abgesperrten Militärfriedhof außerhalb der Stadt wurden die Leichen am 7. November in aller Stille beigesetzt, wie eine Nichte Diems mitteilte, der man die Toten übergeben hatte. Am gleichen Tage fand unter dem Vorsitz des Präsidenten des Revolutionsrats General Duong Van Minh eine Pressekonferenz statt, an der der gesamte Revolutionsrat und die Mitglieder der Provisorischen Regierung teilnahmen. Auf dieser Konferenz erklärte laut NCWC News Service vom 8. November der Informationsminister General Tran Tu Oai, Diem und Nhu hätten ein „accidental suicide“ (einen zufälligen Selbstmord) begangen. Diem habe zuerst den Panzerwagen bestiegen, gefolgt von Nhu, der dem die Operation leitenden Hauptmann aber vor dem Einsteigen eine Frage stellte. Da sich aber vor dem Wagen eine aufgeregte Menge versammelt hätte, die ihn zu lynchen drohte, habe der Hauptmann ihn in den Wagen gestoßen, worauf Nhu nach der Pistole des Offiziers gegriffen habe. Dann sei eine Rauferei entstanden, bei der die beiden Gefangenen erschossen wurden. O'Connor fragte den Informationsminister dann, ob der Militäratt nun bereit sei, die frühere Meldung zu berichtigen, nach der die beiden Männer Selbstmord verübt hätten. Da für Fragen und Antworten nur 20 Minuten zur Verfügung standen, bat man P. O'Connor, nach der Konferenz weiter zu fragen. Dieser stellte nach der Konferenz das Mitglied des Revolutionsrates General Oai und sagte ihm, „zufälliger Selbstmord“ sei ein Widerspruch in sich. Bei den Christen sei Selbstmord eine schwere Sünde. Der General verstand dies und sagte, es sei unrecht, das Wort in diesem Falle zu gebrauchen. Der Revolutionsrat sollte in Erwägung ziehen, hier eine Korrektur vorzunehmen.

Nun ist in Saigon bekannt geworden, daß „irgend jemand“ den Offizieren den Befehl gegeben hatte, Diem und Nhu im Panzerwagen zu töten. Der für die Operation verantwortliche General Ton That Dinh sei „entsetzt“ gewesen, als er von der Tat erfuhr. Im übrigen hat P. O'Connor Personen (meist Chinesen) befragt, die bei dem Abtransport der beiden Männer zugegen waren. Es sei nur eine kleine Schar gewesen, die gar keine feindselige Haltung gegen die Gefangenen zeigte. Von einem Hineinstoßen Nhuis in den Wagen hat niemand etwas gemerkt.

Die amerikanische Regierung wies schon am 3. November ihren Botschafter in Saigon an, dem Militärkomitee zu eröffnen, daß der Tod der Brüder Diem und Nhu von den USA als eine beklagenswerte und nicht zu rechtfertigende Tatsache betrachtet werde, die einen im höchsten Grade unglücklichen Beginn der Tätigkeit des neuen Regimes darstelle („Osservatore Romano“, 4. 11. 63). Am 5. November überreichte die amerikanische Botschaft einen nichtöffentlichen Protest gegen den gewaltsamen Tod des Präsidenten und seines Bruders, desgleichen gegen die Behauptung, die beiden hätten Selbstmord verübt (NCWC News Service, 7. 11. 63).

Ausblick

Der Revolutionsrat hatte sich zusammengefunden, um das Regime Diem zu stürzen. Wird er zusammenhalten, wenn es gilt, die ungeheueren Probleme zu lösen, die Diem nicht zu lösen vermochte? Die Zugehörigkeit des „Hollywood-Generals“ Ton That Dinh, der inzwischen die Beförderung erhalten hat, die er vergeblich von Präsident Diem erwartete, und außerdem Minister wurde, zu dem Gremium, das nun positive Staatsarbeit zu leisten hat, wirkt z. B. nicht vertrauenerweckend. Andererseits hat die Provisorische Regierung, der eine Reihe von Persönlichkeiten des gestürzten Regimes angehören, ein Programm verkündet, das den Wünschen der Amerikaner abgelauscht erscheint. Amerika hat die Importhilfe wieder in Gang gebracht, der neue Präsident Johnson erklärte Cabot Lodge am Tage des Begräbnisses Kennedys, der Kampf gegen die Kommunisten in Südvietnam (der zur Zeit im Mekonggebiet größere Anstrengungen fordert denn je) werde bis zum erfolgreichen Ende weitergeführt werden, und dem amerikanischen Personal in Südvietnam ist eine Generaldirektive gegeben worden, der Regierung bei Festigung ihrer Stellung beizustehen sowie die südvietnamesische Öffentlichkeit für das amerikanische Vorgehen im Kampf gegen die Viet-Cong-Rebellen zu gewinnen. Wieweit sich die verkündete „disziplinierte Demokratie“ in den Bürgerkriegsverhältnissen des Landes durchführen läßt und inwieweit sich diese Demokratie vom System Diems unterscheiden wird, bleibt abzuwarten.

Der Staatsstreich wurde nicht unter der Parole der Beendigung der „Buddhistenverfolgung“ geführt. Religiöse Probleme spielten dabei keine Rolle. Der neue (buddhistische) Ministerpräsident, eine vermittelnde Natur, war schon Vizepräsident unter Diem und hat während der Buddhistenkrise nicht sein Amt zur Verfügung gestellt. Im Revolutionsrat sind von 22 Militärs zwei katholische Generale, in seinem aus zwölf Mann bestehenden Exekutivkomitee ein Katholik, in der aus 15 Mitgliedern bestehenden Provisorischen Regierung zählt man drei Katholiken. Militäratt und Regierung wollen keinen religiösen Hader. In seiner ersten öffentlichen Erklärung versicherte der Revolutionsrat, daß „die bewaffneten Kräfte die Freiheit des Glaubens aufrechterhalten und alle Religionen auf der Grundlage absoluter Gleichheit behandeln werden“. Das Ansehen der buddhistischen Reformgruppe ist gewachsen. Sie schickt sich an, jetzt im politischen Raum wirksam zu werden, wenn es zur Bildung echter Parteien in demokratischer Freiheit kommen sollte. Ein großer Teil der studentischen Jugend steht heute hinter den Buddhisten, nachdem diese Jugend sich den Buddhisten im Kampf gegen die Diktatur Diems zugesellt hatte.

Die beim Konzil befindlichen Bischöfe (mit Ausnahme

des Erzbischofs von Saigon, der sofort nach dem Umsturz vorübergehend auf seinen Posten zurückgekehrt war) sandten am 7. November ein gemeinsames Hirtenschreiben an ihre Gläubigen und forderten sie auf, die öffentliche Autorität zu achten und in allem, was dem Wohle des Landes und der Gemeinschaft diene, treu mit ihr zusammenzuarbeiten. Der neue Außenminister Pham Dang Lam empfing am 14. November den Geschäftsträger der Apostolischen Delegation, Msgr. De Nittis, der die aufrichtigsten Wünsche für Frieden, Eintracht und Wohlergehen des vietnamesischen Volkes zum Ausdruck brachte. Am Tage vorher war Erzbischof Nguyen Van Binh auf dem Flugplatz von Saigon durch das katholische Mitglied des Exekutivkomitees Generalmajor Tran Van Minh abgeholt — die beiden sind persönliche Freunde aus der Zeit, als der Erzbischof noch Bischof von Cantho war — und zum Führer des Revolutionsrates Duong Van Minh geführt worden, der ihm die zwölf Generale vorstellte, die den Exekutivrat bilden. Anschließend besuchte der Erzbischof den Ministerpräsidenten Nguyen Ngoc Tho, der ihm versicherte, er werde auf Frieden unter allen Religionen des Landes drängen.

Das Buddhistische Verbindungskomitee (Intersect Committee), das in der Buddhistenkrise ausführendes Organ der Generalvereinigung der Buddhisten war, sandte am 8. November ein Telegramm an Papst Paul VI.: „Der vietnamesische Buddhismus, von einer Unterdrückung ohnegleichen in der nationalen Geschichte befreit, bittet Sie, seinen Dank für Ihre hohe Intervention zugunsten ihres Kampfes entgegenzunehmen. Wir wünschen, daß Ihre noble Geste bei unseren katholischen Brüdern hier verstanden werde, denen wir die Versicherung unserer religiösen Sympathie geben.“ — Wenn die Kirche als solche nicht in den Strudel der Buddhistenkrise hineingezogen wurde und sich als eine religiöse Macht darstellte,

so ist dies Papst Paul VI. ganz besonders zu danken. Ein Ansatzpunkt zu einer guten Zusammenarbeit mit dem neuen Regime ist geschaffen. Mehr kann man im Augenblick noch nicht sagen, zumal sich die Festigkeit dieses Regimes noch erweisen muß. Es wird Aufgabe des vietnamesischen Episkopats sein, die in den letzten neun Jahren im Bewußtsein vieler Katholiken etwas verwischten Konturen zwischen Staat und Kirche wieder herauszuarbeiten, und zwar nach den Richtlinien, die Erzbischof Nguyen Van Binh in zwei Hirtenbriefen während der Krise im Juli/August 1963 gab und die durch den gemeinsamen Hirtenbrief vom 16. November 1963 des Erzbischofs von Saigon, Paul Nguyen Van Binh, der Bischöfe von Kontum und Long Xuyen, Paul Seitz MEP und Michael Nguyen Khac Ngu, unterstrichen wurden (ausführliche Wiedergabe in NCWC News Service, 29. 11. 63). In drei Kapiteln: Die Kirche und die politischen Mächte, Die Gläubigen und die politische Autorität und Das neue Kapitel in der Geschichte unseres Landes (in dem auch das Verhalten der Katholiken zu den Buddhisten behandelt wird) werden „klare Leitlinien für die Gläubigen unter den derzeitigen Umständen“ gegeben. In ihnen heißt es u. a.: „Die Pflicht der Katholiken ist es, jenen Mächten zu gehorchen, die wirklich dem Gemeinwohl der Nation dienen . . . Erfahrung und Geschichte lehren, daß keine Regierung in der Praxis vollkommen ist. Der Christ sollte kein passives Element sein, vielmehr müßte er eine aktive Rolle spielen durch konstruktive Arbeit zugunsten eines stufenweisen Aufbaues des Landes.“ Die Bischöfe zitieren schließlich ein Wort Papst Johannes' XXIII. (an die italienischen Journalisten, 4. 12. 60): „Es wäre nutzlos, sich Klagen und Vorwürfen hinzugeben. Wir müssen bauen, geliebte Söhne, wir müssen vorwärtsschreiten, die Fundamente einer neuen Ära legen, die gesünder, gerechter und hochherziger ist.“

Die Stimme des Papstes

Die Weihnachtsbotschaft 1963

Am 23. Dezember 1963 richtete Papst Paul VI. über Rundfunk und Fernsehen die erste Weihnachtsbotschaft seines Pontifikats an die Katholiken, die getrennten Christen und die Menschen guten Willens. Wir veröffentlichen hier den Wortlaut der Ansprache nach dem im „Osservatore Romano“ (25. 12. 63) wiedergegebenen italienischen Text.

Brüder und Söhne, liebe Hörer!

Euch allen gelte Unser Glückwunsch für ein gesegnetes Weihnachtsfest! Er will vor allem in eure Herzen dringen und euch jene Gesinnung der Freude, des Friedens, der Heiterkeit und des Vertrauens bringen, die gerade von diesem heiligen Feste ausstrahlt. Möge ein jeder, der diesen Unseren herzlichen Glückwunsch aufnimmt, in seinem Innern diese Freude, diesen Trost, dieses Glück spüren. Die Menschen verfügen heutzutage über so viele Mittel des sogenannten äußeren Glückes, aber sehr oft entbehren sie des inneren, wahren, persönlichen, tiefen und aufrichtigen Glückes. Gerade dieses Glück wünschen Wir einem jeden von euch. Wir wünschen es zuerst euch Leidenden, die ihr am meisten dessen bedürft, den Kranken, den Alten, den Betrübten, den Weinenden, den nach Vergebung Hungernden und den nach Gerechtigkeit Dürstenden. Wir möchten einem jeden von euch zur Seite sein, um euch das frohe und aufrichtige Trostwort Christi zu bringen. Ferner euch lieben Kindern und euch jungen Leuten, die ihr Weih-

nachten als euer Fest betrachtet, als Fest des neuen Lebens, als Fest der guten Zuneigungen, als Fest der Lebensfreude: möge der Herr auch in den kommenden Jahren diesen Frohsinn erhalten und stärken und euch dessen Geheimnis lehren, das sich in der Unschuld birgt. Euch Familien, die ihr versammelt seid um den Tisch, um die Gaben und um die Krippe voll ursprünglicher und belebender Poesie. Euch sozialen Schichten, die ihr bei dieser Gelegenheit die Bilanz eurer Kräfte und eurer Bedürfnisse zieht, damit sich in euch der Sinn für Gerechtigkeit mit dem für Ordnung und Liebe verbinde. Euch Verbannten und Flüchtlingen, deren Ängste und Qualen Uns bekannt sind. Euch Gläubigen, die ihr der geschuldeten Freiheit beraubt seid, und euch, die ihr für Christus und seine Kirche leidet und die ihr heute mehr denn je Unserem Herzen nahe seid. Euch Völkern und Nationen dieser Erde, auf die heute die Friedensbotschaft vom Himmel herabkommt und die Welt mit Vertrauen und gutem Willen erfüllt. Allen gesegnete Weihnacht! Wir sind befähigt, diese Wünsche auszusprechen, denn Weihnachten ist ein religiöses und christliches Fest. Und Wir wissen wohl, welche Beziehung es zu den Schicksalen des Menschenlebens hat.

Aber bei dem Verlangen, Unseren brüderlichen und väterlichen Glückwunsch auf alle auszudehnen, suchen Wir von der Höhe, auf die Uns Unsere Sendung wie auf eine universale Warte stellt, den Horizont der Welt zu entdecken. Dabei gewahren Wir, daß Unsere Glückwünsche nicht nur nach den allge-